

zu weltweiten Einnahmenverlusten für die öffentlichen Haushalte. „Die Blockadehaltung der Mitgliedsstaaten – allen voran Österreich – kostet die EU jedes Jahr knapp 1.000 Milliarden Euro, die wir in unseren Spitälern, Pflegeheimen und Kindergärten dringend brauchen. Multinationale Konzerne stellen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Sie verschieben Gewinne in Sekundenbruchteilen über den Globus und verstecken ihre Bilanzen hinter dubiosen

KonsumentInnen getragen. Aber auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) müssen im Vergleich zu „den Großen“ einen immer größeren Beitrag zum Ausgleich leisten. Wenn sich hier nicht schnell etwas ändert, wird es zunehmend schwieriger werden, öffentliche Investitionen zu tätigen und wichtige Ausgaben zu sichern.

Was ist wichtig?

Mit der Corona-Krise kehrt die Verteilungsfrage ins Zentrum der Steuerpo-



Firmenkonstruktionen, während die Beschäftigten und KMUs jeden Monat ganz selbstverständlich ihren Beitrag leisten. So entgehen uns in Österreich jährlich knapp 13 Milliarden Euro. Damit muss Schluss sein“, bringt es Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums von youunion – Die Daseinsgewerkschaft, auf den Punkt. Diese Verluste müssen anderswo wieder aufgefangen werden. Die Steuerlast wird zu einem immer größeren Anteil von ArbeitnehmerInnen und

olitik zurück. Die leeren Kassen erfordern eine Debatte über eine gerechte Verteilung der Krisenlasten. Wirksame Maßnahmen gegen Steuertricks und Steuerwettbewerb auf EU-Ebene sind wichtige Voraussetzungen dafür. Jetzt ist nicht die Zeit für Konsolidierung, aber die Zeit dafür, die Voraussetzungen für eine progressive Konsolidierung zu schaffen. Die Einführung eines effektiven Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne, zumindest in der EU, ist dabei das wichtigste Anliegen.

Einige Fakten

- Multinationale Konzerne zahlen im Durchschnitt um 30 % weniger Körperschaftsteuer als Unternehmen, die ausschließlich lokal tätig sind.
- Die Steuerbelastung der Unternehmen der digitalen Wirtschaft ist mit knapp 9,5 % nicht einmal halb so hoch wie die Steuerbelastung der traditionellen Wirtschaft mit 23,2 %.
- Multinationale Konzerne verschieben jährlich knapp 40 % ihrer Gewinne in Niedrigsteuerländer und Steuersümpfe. Österreich allein verliert dadurch rund 1 Mrd. € an Steuereinnahmen pro Jahr.
- 40 % aller globalen Investments (Foreign Direct Investments) sind reines Phantomkapital, das nur der Steuervermeidung multinationaler Konzerne dient.
- Die Steuertricks der Konzerne, die Möglichkeiten zur Steueroptimierung und der schädliche Steuerwettbewerb der Nationalstaaten zusammen führen zu weltweiten Einnahmenverlusten von knapp 240 Mrd. US-Dollar jährlich für die öffentlichen Haushalte. Das entspricht knapp 10 % der weltweiten Körperschaftsteuereinnahmen.
- Niedrige Steuern für multinationale Konzerne verschieben die Steuern hin zu ArbeitnehmerInnen und den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die einen immer größeren Beitrag zum Ausgleich leisten müssen.



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte

**AMNESTY
INTERNATIONAL** 

Saudi-Arabien:

In Haft wegen des Einsatzes für Frauenrechte

Die eingeschränkten Rechte von Frauen in Saudi-Arabien sind weit über die Grenzen des Landes bekannt. Ohne Zustimmung eines männlichen „Wächters“, der gegebenenfalls sogar minderjährig sein kann, können Frauen keinen Beruf ausüben. Frauen können ohne deren Zustimmung keine alltäglichen Geschäfte abschließen.

Die Kampagne „Frauen hinters Steuer“ war letztlich erfolgreich: Seit Juni 2018 dürfen Frauen in Saudi-Arabien ein Auto lenken.

Aber im Juli 2018, also kurz nach diesem Erfolg, ging das saudische Regime massiv gegen MenschenrechtsverteidigerInnen vor und verhaftete maßgebliche Aktivistinnen dieser Kampagne. Eine von ihnen ist die Menschen- und Frauenrechtsaktivistin Nassima Al-Sada. Seit Ende Juli 2018 in Haft, wurde sie im Gefängnis gefoltert und von Februar 2019 bis Februar 2020 in Isolationshaft gefangen gehalten. Derzeit wird ihr ein Telefonat pro Woche mit ihrer Familie zugestanden, aber sie darf keinen Besuch, auch nicht von ihrem Rechtsbeistand, empfangen.

Amnesty International erachtet Nassima Al-Sada als gewaltfreie Gewissensgefangene und fordert ihre unverzügliche Freilassung. Die Menschenrechtsorganisation hat Nassima Al-Sada gemeinsam mit neun weiteren Personen(-gruppen) in verschiedenen Ländern für den diesjährigen „Briefmarathon“ ausgewählt. Die Aktion zu Nassima Al-Sada und weiteren Menschen, für die Sie sich im Rahmen des Briefmarathons einsetzen können, finden Sie unter

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>